Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 3 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver, Montag, den 5. Januar | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“. — | 1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* In dieser Woche reist die deutsche Abordnung für die am 19. Januar beginnende Völkerbundtagung in Genf ab.

* Die Streikwirren im Ruhrkohlengebiet halten noch an und werden von den Radikalen geschürt, während die gemäßigten Elemente zur Ruhe mahnen.

* Bei Elm im Kanton Glarus wurde eine Gesellschaft von schütteten — ein Berliner Arzt und zwei Damen — fanden 13 Skiläufern von einer Lawine verschüttet. Drei der Verden Tod.

* Marschall Joffre ist nun seinen Leiden in Paris erlegen. Es soll ein Begräbnis auf Staatskosten stattfinden.

Auf dem Fleck.

Es ist immer dieselbe Geschichte: Bis zum letzten Fort aus dem 19. oder gar 18. Jahrhundert haben wir in Deutschland nicht bloß den Entwaffnungsforderungen der Entente stattgegeben, sondern obendrein auch den vielfach geradezu entwürdigenden Kontrollmaßnahmen fremder Heeresangehöriger Hilfe geleistet. Wir haben ferner den nationalen, namentlich den polnischen Minderheiten kulturelle Rechte in einer Ausdehnung eingeräumt, wie es in Polen selbst, in Litauen, in der Tschechoslowakei, geschweige denn in Südtirol nie und nirgends geschehen ist. Polnische Staatsangehörige durften als Lehrer an polnische Minderheitenschulen nach Preußen berufen werden und selbst die paar tausend Wenden erhalten ihre national-kulturellen Sonderrechte. Was wir in Genf und von Genf seit fünf Jahren wollen, ist nur, daß wir für unsere Volksgenossen jenseits der Reichsgrenzen, vor allem in den ehemals reichsdeutschen Gebieten, dieselben Rechte kultureller Art zugesichert und gewährleistet erhalten. Darum ist es so niederdrückend, daß wir Deutsche in Genf immer und immer wieder mit dieser Forderung kommen und um sie, die nur Selbstverständliches verlangt, noch hart streiten müssen.

Wenn jetzt der deutsche Außenminister auf den ihm für die bevorstehende Ratstagung anheimgefallenen Vorsitz verzichtet hat und mit dem englischen Kollegen Henderson tauscht, so hat die Reichsregierung diesen Verzicht für notwendig gehalten, damit ihr Vertreter seine Kraft eben vor allem und uneingeschränkt der Austragung unserer Beschwerden über Polen widmen kann. Tief bedauerlich ist es, daß solch eine Maßnahme überhaupt als notwendig erscheint; hat sie doch auch eine Kritik der deutschnationalen Opposition im Reichstag hervorgerufen, weil jener Verzicht nun auch dazu führen werde, daß dem Vertreter Deutschlands damit nur geringere Einflußmöglichkeiten z. B. für die Anberaumung der zukünftigen Abrüstungskonferenz erhalten bleiben. Außerdem würde er größere Präsidialrechte bei der Arbeit der zahlreichen „Dreierausschüsse“ besitzen, die sich mit der Entscheidung über Minderheitenbeschwerden zu beschäftigen haben. Allerdings kann diese deutschnationale Interpellation angesichts der augenblicklichen Vertagung des Reichstages einen politisch bestimmenden Einfluß nicht ausüben, — im Februar wird man ja überhaupt erst feststellen, ob etwas und was bei der Genfer Konferenz herausgekommen ist.

Hoffentlich ist das mehr als das Ergebnis, das die „Vorbereitende Abrüstungskommission“ dem Völkerbundrat vorzulegen hat. Auch hier stehen sich die Parteien scharf getrennt gegenüber, und für die allgemein-politische Situation ist es hinsichtlich der Abrüstungsfrage ungemein bezeichnend, daß Englands Vertreter Lord Cecil immer wieder jeden deutschen Rechtsanspruch auf eine Weltabrüstung energisch bestreitet, also auch jeden Gedanken an eine militärische Gleichberechtigung, die den zwangsweise abgerüsteten Mittelmächten endlich das Gefühl des ständigen Bedrohtseins nehmen kann. Und erst recht das Verlangen Deutschlands zurückweist, die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages ändern zu lassen, weil die deutsche Wehrlosmachung eben nicht die Einleitung zu einer allgemeinen Abrüstung geworden ist. „Es bestehe lediglich eine Verpflichtung der Signatarmächte von Versailles, ein gewisses Maß internationaler Abrüstung durchzuführen“ Ein Maß allerdings, das nun jede Macht — selbst bestimmt. Natürlich ist das praktisch nichts anderes als eine Bankerotterklärung der sogenannten „Arbeit“, die die Abrüstungskommission geleistet oder vielmehr nicht geleistet hat. Nicht uninteressant ist es, daß der englische Außenminister und zukünftige Präsident der Ratstagung, Henderson, auf der letzten Völkerbundversammlung in geradezu drastisch scharfer Form dem deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zugestimmt hat. Es wäre nicht ohne politische Pikanterie, ihn jetzt an seine damaligen Äußerungen zu erinnern.

Auch die wirtschaftspolitischen Verhandlungen in Genf haben bisher zu einem irgendwie praktischen Ergebnis trotz der schweren Weltwirtschaftskrise nicht geführt. Der äußerst zahme und mit zahllosen Einschränkungen versehene „Zollwaffenstillstand“ ist im Papierkorb verschwunden. Man glaubt nun allerdings, daß eine lange Unterredung des deutschen Botschafters in Paris, v. Hoesch, mit dem französischen Außenminister Briand sich vor allem mit wirtschaftspolitischen Themen beschäftigt habe, — denn auch Frankreich ist von der Weltkrise jetzt doch nicht mehr so unberührt wie noch in fast dem ganzen Jahre 1930. Und gerade die französische „Goldpolitik“ hat viel dazu beigetragen, diese Krise im europäischen Westen noch zu verschärfen. Daher wäre es wirklich an der Zeit, wenn man in Genf wenigstens in den Fragen der wirtschaftlichen Krisenbekämpfung einen Schritt vorwärts machen würde.

Die bevorstehende Völkerbundtagung

Abrüstung und Minderheitenrecht in Genf.

Die Beschwerden gegen Polen.

In wenigen Tagen, am 19. Januar, beginnt in Genf die diesmalige Völkerbundtagung, die für Deutschland ein außergewöhnliches Interesse hat, weil sowohl die Beschwerden der Reichsregierung über die polnischen Gewalttaten bei der letzten Wahl gegen Deutsche wie auch die grundlegenden Fragen der Revision des Versailler Vertrages behandelt werden sollen. Der deutsche Minister hat für diesmal auf den ihm zustehenden Vorsitz zugunsten des englischen Ministers Henderson verzichtet, weil Dr. Curtius bei Vertretung der deutschen Interessen in der



Der englische Außenminister Henderson.

Polenangelegenheit möglichst ungebundene Hände haben will. Die deutsche Abordnung für Genf wird voraussichtlich am 14. Januar von Berlin abreisen.

In England wird erklärt, daß die Entscheidung für Henderson, an Stelle von Curtius den Vorsitz der Januartagung des Völkerbundrates zu übernehmen, nicht leicht gewesen sei, da der englische Außenminister durch zahlreiche Verpflichtungen gebunden sei. London habe aber diese Erwägungen gegenüber der Bedeutung der europäischen Fragen zurückgestellt. Hendersons Fähigkeiten als Vorsitzender des Völkerbundrates würden erneut einer ernsten Probe unterzogen werden. Zwei Programmpunkte seien von allgemeiner europäischer Bedeutung, die Minderheitenbeschwerden und die Festsetzung des Beginnes der Abrüstungskonferenz. Man könne erwarten, daß die polnische Antwort auf die Beschwerden einem Gegenangriff gleichkommen werde. In der Frage der Abrüstungskonferenz müsse man mit der Möglichkeit rechnen, ein früheres Datum für den Zusammentritt zu fordern, als es manche interessierten Mächte wünschten.

Die Front der Revisionsgegner.

In Frankreich beschäftigt man sich mit dem Besuch Venizelos' in Warschau und sieht hierin den Auftakt eines Zusammenschlusses der Revisionsgegner. Der Hinweis, daß Deutschland die Minderheitenfrage zum Ausgangspunkt einer Aufrollung der gesamten Revisionsfrage benutzen wolle, habe genügt, die bedrohten Länder auf den Plan zu rufen. Der Widerstandsblock beginne sich langsam zu bilden, um denjenigen eine Warnung zu erteilen, die einen Streit heraufbeschwören wollten. Ihr Zusammenschluß sei um so sicherer, als man sich wohl oder übel davon überzeugen müsse, daß die Revisionsforderungen nicht nur Polen angingen, sondern auch Tirol und die Steiermark. Es sei eigentümlich, zu beobachten, daß jetzt, vor dem Beginn der Genfer Konferenz, auf der sich Polen und Deutschland gegenüberstehen werden, in Frankreich der Gedanke immer größere Verbreitung finde, daß es richtiger sei, die deutsch-polnische Grenze zu berichtigen und den Korridor dem Weltfrieden zu opfern. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß gerade der Bestand Polens die Garantie für einen europäischen Frieden sei. In Warschau wurde nach der Abreise von Venizelos eine Veröffentlichung der Regierung herausgegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß die Gemeinsamkeit der Interessen auch weiterhin eine harmonische und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Griechenland bedinge, vor allen Dingen in der Frage einer loyalen Verteidigung und Wahrung der Friedensverträge. Der baldige Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages sei zu erwarten. Man sieht also deutlich die Grundlinien der deutschfeindlichen Front.

Protest gegen polnischen Blutterror.

Notruf Oberschlesiens an den Völkerbund.

Im Namen der politischen und kulturellen Organisationen aller Richtungen hat die Gleiwitzer Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier den Delegierten des Völkerbundes eine Eingabe zugehen lassen, in der es heißt:

Anläßlich einer gewaltigen Kundgebung unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung der Stadt Gleiwitz erheben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und die ihnen angeschlossenen Verbände schärfsten Protest gegen den Blutterror, unter dem die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien leidet.

Wir klagen den Völkerbund an,

daß er trotz wiederholter Warnungen und Vorstellungen unsererseits seine Verpflichtungen gegenüber den deutschen Minderheiten nicht erfüllt hat. Seit Jahren machen wir den Völkerbund auf die Tatsache aufmerksam, daß in Polen amtliche Stellen

systematisch zu einem neuen Aufstande oder zum Kriege hetzen.

Wir wenden uns in höchster Not und Besorgnis deshalb an die Delegierten der einzelnen Staaten und gestatten uns auf die letzten Vorgänge noch einmal kurz aufmerksam zu machen: Bei den letzten polnischen Wahlen wurde

die deutsche Minderheit so ungeheuerlich terrorisiert,

daß von einem Wahlrecht überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann und 108 000 Deutsche in Ostoberschlesien der Wahlurne ferngeblieben sind, denn die Aufständischenhorden verübten Überfälle, Drohungen, Mißhandlungen, Körperverletzungen mit tödlichem Ausgange, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre. Das Bandenwesen entwickelt sich genau so wie während des dritten Polenaufstandes im Jahre 1921. Die polnische Regierung hat an der oberschlesischen Grenze Zustände geschaffen, die eine Aufrechterhaltung der Ruhe verhindern und die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen auf beiden Seiten bringen. Es ist noch gar nicht abzusehen, zu welchen Konflikten das Verhalten der polnischen Regierung führen wird.

Die Erregung in Deutschoberschlesien ist aufs höchste gestiegen.

Die polnischen Insurgenten scheinen darauf hinzuarbeiten, die Deutschen zu unbesonnenen Handlungen zu verleiten, um der polnischen Regierung einen längst erwünschten Anlaß zum Vorgehen zu geben und wieder einmal „vollendete Tatsachen“ zu schaffen. Der Marschall Pilsudski ist derselben Ansicht wie sein Handelsminister Kwiatkowski, der öffentlich erklärte, Oberschlesien sei der wertvollste Schatz Polens. Er weiß aber auch, daß Oberschlesien nur als unteilbares Wirtschaftsgebiet zu betrachten ist. Er wird also, skrupellos wie er ist, alles versuchen, um auch den Teil Oberschlesiens für Polen zu gewinnen, der bei Deutschland verblieben ist. Mit welchen Mitteln er dies tun wird, das wird die Zukunft zeigen.

Zehn Jahre sind seit der oberschlesischen Abstimmung verflossen. Diese zehn Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Beschluß der Botschafterkonferenz nicht dem Abstimmungsergebnis entspricht und daß er eine

ständige Gefahrenquelle für den europäischen Frieden geworden

ist. Wir bitten daher mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß diese Gefahrenquelle durch eine Revision des Genfer Abkommens beseitigt werde.

Die Wirren an der Ruhr

Nur radikale Ruhrbergleute streiken.

Geringes Anwachsen der Zahl der nicht Arbeitenden.

Die infolge der allgemeinen Kündigung ausgebrochene Streikbewegung hält noch an. Nach den Meldungen, die beim Zechenverband eingelaufen sind, war die Streikbeteiligung in der Sonnabendfrühschicht 11,96 Prozent. Die stärkste Beteiligung findet nach wie vor in den linksrheinischen und in den nördlichen Revieren statt. So sind über 50 Prozent der Belegschaft ausständig auf den linksrheinischen Zechen Diergardt, Friedrich-Heinrich, Neumühl, Niederrheinische Bergwerksgesellschaft, Friedrich Thyssen, Beckerwerth und Lohberg. Ebenso ist die Streikbeteiligung auf den staatlichen Zechen Westerholt und Scholven und auf Graf Bismarck Schacht 7 bis 8, Zeche Königsgrube und Westfalen. Der südliche Teil des Bezirks ist wieder fast ganz unberührt vom Streik geblieben.

Die Gewerkschaften lassen Flugblätter verteilen, in denen sie vor dem Eintritt in den Streik warnen und die politischen Beweggründe der aufreizenden kommunistischen Propaganda klarlegen. Als Demonstration gegen die große Revierkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes beriefen die Kommunisten eine Schachtdelegiertenversammlung auf Sonntag nach Bochum. Sie wollen auch Massenaufzüge veranstalten. Von dem Abschluß neuer Arbeitsverträge haben auch die Vereinigten Gewerkschaften (Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkverein Hirsch-Duncker, Polnische Berufsvereinigung) abgeraten. Sie verweisen auf die noch bevorstehenden Verhandlungen und sagen: „Die Not der Bergarbeiter soll noch vergrößert werden. Sie sollen die Schäden der Krise allein tragen. Kameraden, macht die Absicht zuschanden, zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, euch dem Diktat zu beugen, lehnt den Abschluß von neuen Arbeitsverträgen ab, weigert euch, die Bedingungen der Arbeitgeber anzunehmen.“ Gleichzeitig aber verwerfen sie die kommunistische Streikhetze.

Tumulte.

Die Zechengegenden bieten teilweise ein ungemein bewegtes Bild, da die Tore der Schachtanlagen, besonders zu den Zeiten des Schichtwechsels, von großen Menschenmassen umlagert sind. Um die Unruhe und Verwirrung zu steigern, schreckten die Kommunisten nicht davor zurück, Frauen und Kinder zu den Massenansammlungen zuzuziehen. Verschiedentlich gelang es den Streiktrupps, in die Zechenanlagen einzudringen, sie wurden aber durch die Polizei vertrieben.

Ein Todesopfer.

Vor Schacht V der Zeche Rhein-Preußen bei Repelen kam es zu einem regelrechten Feuergefecht zwischen der

beteiligter, der Bahnarbeiter Hartstein, wurde von mehreren Kugeln getroffen; er ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Sechs Personen haben leichte Verletzungen bei der Schießerei erhalten.

In der Rheinbabenkolonie bei Bottrop wurden Polizeibeamte von streikenden Kommunisten und Arbeitslosen angegriffen. Die Beamten machten von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Hierbei wurde einer der Angreifer durch einen Bauchschuß schwer verletzt, während ein zweiter einen Knieschuß davontrug. Zu einem Zwischenfall kam es in der Marienkolonie der Zeche Prosper II. Hier wurden Polizeibeamte von der Menschermenge mit Steinen beworfen und beschossen. Die Polizei schritt ein und verhaftete sieben Personen, bei denen zum Teil Schuß- und Schlagwaffen gefunden wurden. In der Welheim-Kolonie mußten mehrere Polizeibeamte, die hart bedrängt wurden, Schüsse abgeben, worauf die Menschenmenge auseinanderstob. Auch auf anderen Schachtanlagen des Ruhrgebietes, wo Streikende und Erwerbslose versuchten, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten, kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen.

*

Die Streiklage im Ruhrgebiet.

Ein Toter, zwei Schwer- und 10 Leichtverletzte.

Zur Beurteilung der Gesamtlage der Streikbewegung im Ruhrbergbau sind die Feststellungen des Polizeipräsidiums Recklinghausen besonders bemerkenswert, in dessen Bereich allein 54 Schachtanlagen mit 91 000 Bergarbeitern bei insgesamt 200 Schachtanlagen des Ruhrgebietes mit einer Gesamtbelegschaft von rund 300 000 Bergleuten liegen. Von den 54 Schachtanlagen sind 14 von Teilstreiks betroffen. Von den 91 000 Bergleuten streiken etwa 10 bis 12 v. H. (im Bereich des Polizeipräsidiums Bochum z. B. wird die Streikbeteiligung auf nur 0,5 v. H. beziffert).

Am Sonnabend kam es in Lindfort zu einem regelrechten Kampf zwischen der Polizei und den Streikenden. Etwa 2000 Streikende versuchten die Polizeiwache zu stürmen, was jedoch nicht gelang, da genügend Verstärkungen von auswärts vorhanden waren. Die Ursache des kommunistischen Angriffes war die Verhaftung von zwei Rädelsführern, die gewaltsam befreit werden sollten. Im Verlaufe der Schießerei, die etwa eine Stunde ununterbrochen andauerte, hatten die Angreifer einen Toten, zwei Schwer- und zehn Leichtverletzte zu beklagen. Von drei Personen, die dem Rheinberger Krankenhaus zugeführt worden waren, gelang es zweien, am Sonntag wieder zu flüchten. Die Polizei erlitt keine Verluste. Sonnabend gegen 22 Uhr wurden in Neukirchen auf eine Polizeistreife zwei Schüsse abgegeben. Die Täter konnten jedoch bisher nicht festgenommen werden.

Auf Schacht „Wilhelm" der Zeche „Pluto" wurde am Sonntagabend von unbekannten Tätern ein Sabotageakt verübt. Zwei Förderwagen wurden in den Schacht geworfen, um die Förderung unmöglich zu machen. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf etwa 25 000 Mark. Ein Teil der Belegschaft des Schachtes kann infolge des Sabotageaktes nicht einfahren.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Dank des Reichspräsidenten.

Anläßlich des Jahreswechsels sind dem Reichspräsidenten wiederum zahlreiche telegraphische und briefliche Glückwünsche aus dem In- und Auslande zugegangen. Da die Einzelbeantwortung ihm nicht möglich ist, spricht der Reichspräsident allen, die seiner freundlich gedacht haben, auf diesem Wege seinen herzlichen Dank und die Erwiderung der Glückwünsche aus.

Ministerbesprechung in Freiburg.

Reichskanzler Brüning hatte in Freiburg mit dem Reichsfinanzminister Dietrich und dem Reichsarbeitsminister Stegerwald eine Besprechung, die sich auf die mit der Ostreise des Kanzlers in Zusammenhang stehenden Fragen erstreckt haben dürfte und ebenso auf die plötzlich ausgebrochenen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet. Am Nachmittag verließ der Reichskanzler Freiburg und kehrte in Begleitung des Reichsarbeitsministers nach Berlin zurück. Reichsfinanzminister Dietrich wird erst in einigen Tagen aus seiner badischen Heimat in die Reichshauptstadt zurückreisen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning ist wieder in Berlin eingetroffen. — Reichsaußenminicher Dr. Curtius begibt sich auf einige Tage zur Erholung in den Schwarzwald.

Dresden. Die Wirtschaftspartei hat folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die sächsische Regierung zu beauftragen, vom Reich mit dem Einsatz aller Kräfte die Durchführung einer Notstandsaktion zur Stützung und Rettung der sächsischen Wirtschaft zu fordern.

Flensburg. Die Angestellten der Flensburger Schiffbaugesellschaft erhielten die briefliche Mitteilung, daß die zum 1. Januar ausgesprochene Kündigung aufrechterhalten werden müsse. Damit sind sämtliche Angestellten der Werft brotlos geworden.

Bukarest. Infolge der ungarischen Zollerhöhung auf rumänisches Holz droht ein ungarisch-rumänischer Zollkrieg.

London. In Rangun sind wilde Straßenkämpfe zwischen Burmesen und Chinesen im Gange. Die Polizei feuerte auf die Kämpfenden, wobei angeblich 15 Menschen getötet wurden. Der Stadtverkehr ist eingestellt, die Geschäfte und Hotels haben geschlossen.

London. Die Verhandlungen in der englischen Webindustrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Löhne, die den Webern nach Einführung des „Mehr-Webstuhl-Systems" gezahlt werden sollen, sind in Manchester ergebnislos abgebrochen worden. Für Montag erwartet man den Ausbruch des Streiks.

Moskau. Die sowjetrussische Gesandtin in Schweden, Frau Kolontay, die nach Moskau berufen war, kehrt in diesen Tagen nach Stockholm zurück und wird den Gesandtenposten wieder übernehmen. Die ihr gemachten Vorwürfe konnte sie widerlegen.

Newyork. Präsident Hoover hat durch eine Proklamation das Londoner Flottenabkommen in Kraft gesetzt. Mit der Proklamation wurden der vollständige Wortlaut des Vertrages sowie eine Darstellung der Verhandlungen veröffentlicht.

Neue Anleihe für den Osten?

Noch Erwägungen.

Im Zusammenhang mit der Ostreise des Reichskanzler ist in letzter Zeit wiederholt von einer neuen Anleihe für den Osten die Rede gewesen. Auch ein genauer Betrag, nämlich 500 Millionen Mark, wurde bereits genannt. Obwohl an zuständiger Stelle nicht bestritten wird, daß ein Anleiheplan erwogen wird, so wird Erwägungen herausgekommen sei. Eine offizielle Erklärung ist unter Hinweis auf die Tatsache, daß sich der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich zurzeit noch in Urlaub befindet, nicht ausgegeben worden. Seinem Stellvertreter im Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Schäffer, ist von den Plänen nichts bekannt. In unterrichteten Kreisen wird jedoch im Zusammenhang mit der Anleihefrage vielfach auf die Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem Reichsfinanzminister in Freiburg im Breisgau hingewiesen. Von anderer Seite wird das Vorliegen eines solchen Planes bestritten.

Die letzten Kräfte für Deutschlands Osten.

Eine Kundgebung des Reichskanzlers.

Anläßlich seiner Ostreise stellte Reichskanzler Dr. Brüning der Presse folgende Ausführungen zur Verfügung:

Die Botschaft des Herrn Reichspräsidenten vom 13. März 1930 bezeichnete als wesentliche Aufgaben der Reichsregierung die Hilfe für die Landwirtschaft und die hart bedrängten Gebiete an den Ostgrenzen des Reiches. Die neue Reichsregierung hat sich bemüht, ihr im Rahmen des Möglichen gerecht zu werden. Die Maßnahmen, die bisher für Ostpreußen getroffen waren, sollten durch ein umfassendes Osthilfegesetz auf die anderen notleidenden Gebiete an den Ostgrenzen ausgedehnt, sie sollten erweitert und organisch gestaltet werden. Leider wurde durch die Auflösung des Reichstages der Erlaß des umfassenden Osthilfegesetzes unmöglich gemacht. Nur die nötigsten und dringendsten Aufgaben konnten durch Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten in Gang gesetzt werden.

So ist es zu verstehen, daß die Erwartungen, die sich für die Bevölkerung an die Osthilfe knüpften, noch nicht so weit befriedigt werden konnten, wie es der Wille der Reichsregierung war und ist.

Der Wille, dort zu helfen, wo die Not am größten ist, ist der Grund für die Bereisung der Ostgrenze durch Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der preußischen Staatsregierung, den Reichsbankpräsidenten und den Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft. Trotz der knapp bemessenen Zeit soll versucht werden, möglichst mit allen Bevölkerungskreisen in Berührung zu treten, möglichst alle Wünsche und Ausführungen entgegenzunehmen, und so ein umfassendes Gesamtbild der Lage und der Not zu gewinnen. Die Reise soll ein äußeres Zeichen dafür sein, daß der starke Wille der Selbsterhaltung und der Staatsbejahung, der Liebe zur eigenen Scholle und zum Vaterland, der in der Bevölkerung der Ostgebiete lebt, einig ist und gleich gerichtet mit dem Willen der Reichsregierung und des Herrn Reichspräsidenten, die nach wie vor bereit sind, die letzten Kräfte einzusetzen für Deutschlands Osten.

gez. Brüning.

Demonstrationen gegen den Film „Im Westen nichts Neues".

In Wien wurde heute vor geladenen Gästen im Apollokino der Film „Im Westen nichts Neues" vorgeführt. Vor dem Theater kam es zu Demonstrationen, wobei es mit der in. und vor dem Theater postierten Polizei zu Zusammenstößen kam. Die Polizei griff mit blanker Waffe ein und nahm 12 Verhaftungen vor. 30 Personen wurden verletzt.

Abgeordneter Drewitz bleibt Führer der Wirtschaftspartei.

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Freidel-Hildesheim zusammen und beschäftigte sich mit den Vorwürfen des Abgeordneten Collosser gegen den Parteivorsitzenden Drewitz. Es wurde ein Bericht ausgegeben, in dem u. a. gesagt wird, daß der Reichsausschuß der Partei die Ueberzeugung gewonnen habe, daß dem Abgeordneten Drewitz keine ehrenrührigen Vorwürfe gemacht werden können und sprach ihm erneut das Vertrauen aus.

Preissenkung für Markenartikel erlaubt.

Festlegung rechtsunwirksam.

Das Reichswirtschaftsministerium hat nach einem Beschluß des Reichskabinetts dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln zur gutachtlichen Stellungnahme zugeleitet. Nach dieser Verordnung sollen künftig Preisbindungen bei Markenartikeln nur dann noch rechtswirksam sein, wenn und insoweit eine Senkung der Verbraucherpreise um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stande am 1. August durchgeführt ist. Dabei wird erwartet, daß die Durchführung der Preissenkung im Zusammenwirken von Erzeugern, Großhändlern und Einzelhändlern erfolgt und nicht zu Lasten nur einer der beteiligten Wirtschaftsgruppen geht. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wird sich bereits am 5. und 6. Januar mit der Vorlage beschäftigen.

Weihnachtsumsätze des Vorjahres nicht erreicht.

Der Einzelhandel im Dezember 1930.

Der Monat Dezember brachte mit dem Weihnachtsfest dem Einzelhandel zwar die erhoffte Geschäftsbelebung, doch blieben die Umsätze hinter dem Vorjahre zurück. Wenn auch diese Erfahrung zum Teil auf die bereits erfolgten Preissenkungen zurückzuführen ist, so hängt sie doch auch mit der allenthalben beobachteten Zurückhaltung des Publikums zusammen, die durch die Preisabbauerörterungen hervorgerufen worden ist. Da die Spesen und Lasten aller Art bisher keine Ermäßigung erfahren haben und da auch nach wie vor den Kreditwünschen der Käufer in weitem Umfange entsprochen werden mußte, ist auch das Ergebnis des Dezembers unbefriedigend.

Wenn auch die Weihnachtseinkäufe eine Steigerung der Umsätze im Textilwareneinzelhandel gegenüber dem Vormonat herbeigeführt haben, so blieb das Gesamtergebnis in der Berichtszeit doch hinter den Umsatzziffern des gleichen Monats im Jahre 1929 nicht unbedeutend zurück. Die schwierige Allgemeinlage, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die milde Witterung, die Zurückhaltung der Verbraucher wirkten in gleicher Weise absatzhemmend. Auch im Schuhwarenhandel wurden die vorjährigen Umsätze im allgemeinen nicht erreicht. Im Kolonialwareneinzelhandel war der Absatz am Anfang des Monats Dezember sehr schleppend. Das Weihnachtsgeschäft belebte zwar den Umsatz etwas, doch blieb er hinter dem des Vorjahres zurück. Im Einzelhandel mit Eisenwaren wurde fast ausschließlich Ware in niedrigen Preislagen gekauft. Nach wertvolleren Geschenkartikeln und Ofen war die Nachfrage recht gering. Die Preise waren sehr gedrückt. Die am 1. Dezember erfolgte Ermäßigung der Kohlenpreise sowie der Eintritt kälterer Witterung hat zu einer Umsatzsteigerung im Kohleneinzelhandel geführt.

Marschall Joffre gestorben.

Begräbnis auf Staatskosten.

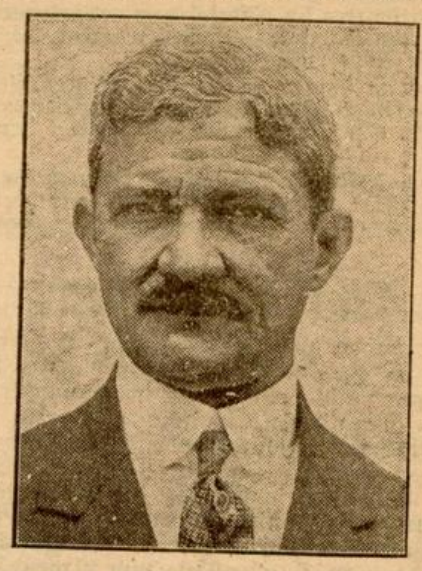
Marschall Joffre ist seinem langen und schweren Leiden erlegen. Joffre hatte sich eine Venenerkrankung zugezogen, die die Amputierung eines Beines notwendig machte. Die Operation, die zunächst gut verlaufen war, führte später zu Komplikationen, gegen die alle ärztlichen Bemühungen erfolglos blieben.

Über die letzten Stunden des verstorbenen Marschalls Joffre wird bekannt, daß die beiden an seinem Krankenlager weilenden Ärzte schon um Mitternacht mit dem Ableben des Marschalls gerechnet haben. Wie vorauszusehen war, verschlechterte sich sein Zustand von Stunde zu Stunde und die Herztätigkeit setzte teilweise aus. An seinem Sterbelager weite außer den Ärzten nur seine Gattin. Der Präsident der Republik, Doumergue, wurde unverzüglich von dem Tode des Marschalls unterrichtet. Er traf im Sanatorium ein, um sein Beileid auszusprechen. Auch Kriegsminister Barthou hat vorgesprochen. Die Nachricht vom Tode Joffres hat sich in Paris schnell verbreitet. Auf den öffentlichen Gebäuden ist bereits halbmast geflaggt. Das Begräbnis soll auf Staatskosten erfolgen.

Panamas neuer Präsident.

Der bisherige Gesandte in Washington.

Der Oberste Gerichtshof in Panama-Stadt, der den Führer der revolutionären Jungpanamabewegung, Harmodio Arias, als vorläufigen Präsidenten vereidigt hat, richtete an den Gesandten Panamas in Washington, Dr. Ricardo Alfaro, die Aufforderung, sofort nach Panama zurückzukehren und die Präsidentschaft zu übernehmen. Damit wird sich ein Eingreifen der Washingtoner Regierung in Panama, das im Falle ernsterer Verwicklungen zweifellos erfolgt wäre, erübrigen. Die Anerkennung der Regierung Alfaros durch die Vereinigten Staaten steht außer Frage, sobald Alfaro den Nachweis erbringt, daß er die Zügel fest in der Hand hat. Alfaro hat Washington bereits verlassen und ist zur Übernahme der Amtsgeschäfte nach Panama abgereist.



Lokales und Provinzielles.

Halver, den 5. Januar 1931.

Alles vorbei.

Nun fangen wieder die richtigen Wochentage an, hin und wieder durch einen Sonntag unterbrochen, aber im großen und ganzen doch Wochentage. Bis jetzt war das ja so, daß wir sozusagen durchweg Festtage hatten, Festtage mit kleinen Alltagszwischenpausen. Man rechne einmal nach: Weihnachten an einem Donnerstag und einem Freitag. Der Sonnabend, der dann zum Sonntag hinüberleitete, konnte als Alltag kaum in Betracht kommen: es war der „dritte Feiertag", und die wenigsten von uns waren in der Stimmung, sich wegen der paar Stunden erst in Schwerarbeit zu stürzen. Dann also Sonntag. Und nun noch zwei Tage bloß bis Silvester. In solcher Jahresschlußzeit, wo man doch bald wieder aufhören muß, fängt man lieber erst gar nicht an — womit natürlich wieder die Arbeit gemeint ist. Also rasch mal Neujahr mit dem ganz großen Bummel, und dann ist eben wieder Wochenende oder doch beinahe zwei kurze Tage mit dem Ausblick auf Sonntag. Nunmehr aber, nach diesem Sonntag, geht es richtig wieder los. Alles Feiertägliche ist vorbei — die Erde, soll heißen: der Werkeltag hat uns wieder. Was immer wir auch an „Festtagsstimmung", an „Glücklich ist, wer vergißt" und so aufgebracht haben mochten — jetzt ist alles vorüber, und das Leben steht uns wieder mit seinem ganzen bitteren Ernste, seiner ganzen Strenge und Unerbittlichkeit gegenüber. Aber nicht „grau" darf uns der Alltag erscheinen, wenn wir ihn bestehen wollen. Auch durch den trübsten Tag dringt schließlich ein bißchen Sonne, und die Arbeit, an die wir mit täglich frischem Mute herangehen, wird uns niemals zu hart erscheinen. Viele könnten meinen, daß Grund sei, zu verzweifeln in so grausamer Zeit, aber so abgenutzt das Wort auch erscheinen mag, es bleibt trotzdem und für alle Tage des Lebens wahr und gültig: Arbeiten und nicht verzweifeln! Und nun mit neuem Mute an die neue Arbeit — bis zum nächsten Feiertage!

Heilige Drei Könige.

Zum 6. Januar.

„Die Heiligen Drei Könige mit ihrem Stern" ziehen wieder einmal durch die Lande. Ihr Gedenktag gehört mit zu den ältesten aller christlichen Feste. Er birgt sogar den Ursprung unseres heutigen Weihnachtsfestes, die Geburt des Heilandes feierte man ursprünglich am Dreikönigstag und das schon im 3. Jahrhundert. Er galt als „großer Tauftag" wie Ostern, die neugewonnenen Christen wurden am Dreikönigstag in die Kirche aufgenommen. In Rom wurden später an diesem Tage mit Vorliebe Ordensgelübde abgelegt. In der Volkslegende sind es drei Könige aus Morgenland, die zur Krippe wandern, älteste Überlieferung nennt sie drei Weise oder drei Magier, sie kennt auch noch nicht den Mohrenkönig, der sich in späteren Bildern zu den beiden andern gesellt. Nach uralter Tradition waren die Gebeine der Heiligen Drei in Mailand in der Kirche St.-Eustorgio beigesetzt. In einer Kapelle zeigt man dort noch den antiken steinernen Sarkophag, in dem ihre Reliquien ruhten. Nach der Zerstörung Mailands durch Friedrich Barbarossa ließ Reinhold von Dassel, des Kaisers Kanzler, sie nach Köln überführen. Da liegen sie noch. Der „Dreikönigsschrein" im Dom, der sie umschließt, gehört zu den herrlichsten Erzeugnissen mittelalterlicher Goldschmiedekunst.

Die Kunst hat sich den dreien überhaupt mit Vorliebe zugewandt. Die Maler Italiens, Spaniens, Deutschlands, der Niederlande zeigen sie uns in lieblichen, in erschütternden, in strahlenden Bildern vor der Gottesmutter und ihrem Kinde. In keiner mittelalterlichen Kirche durften sie fehlen. Tief hinein in das Volksleben, das Volksempfinden vor allen sind ihre Gestalten gedrungen, Kaspar, Melchior und Balthasar sollen ihre Namen gewesen sein, und C+B+M schreibt die katholische Hausfrau noch heute als schützendes Zeichen an die Stubentür.

Auf Kabel und Welle

Rückblick und Ausblick der Reichspost.

Die Fortschritte im Jahre 1930.

Das Jahr 1930 ist für die Reichspost ein Jahr der weiteren Fortentwicklung gewesen. Ihr Fernkabelnetz konnte sie um rund 900 Kilometer erweitern.

Im Fernsprechwesen

wurden 47 neuzeitliche Fernamteinrichtungen in Betrieb genommen, die dem Verkehr mit Selbstanschlußämtern angepaßt sind. Bei einer Ferntagung des Vereins Deutscher Ingenieure machte man erstmalig — und zwar mit gutem Erfolge — einen Versuch, die Konferenz, deren Teilnehmer sich in Berlin, Breslau, Elbing, Frankfurt a. Oder, Hindenburg in Schlesien und Königsberg i. Pr. aufhielten, fernmündlich abzuwickeln. Im Fernsprechverkehr mit dem Ausland wurden die Linien nach Moskau, Estland, Australien und Saigon (Französisch-Indo-China) in Betrieb genommen. Im Selbstanschlußbetrieb wurde

eine Notrufeinrichtung

entwickelt, die dazu dient, Polizei oder Feuerwehr in Fällen dringender Gefahr anzurufen. Seit dem 1. April 1930 wurden 47 größere Selbstanschlußämter in Betrieb genommen. Ferner sind seit April 1930 rund 130 kleine und mittlere selbsttätige Ämter eingerichtet worden, die hauptsächlich den Bedürfnissen des flachen Landes dienen.

Auch die Telegraphenverbindungen wurden weiter ausgebaut. Neue Bildtelegraphenverbindungen wurden eröffnet. Auch die

Weiterentwicklung des Funkwesens

ist ständig fortgeschritten. Vier neue Kurzwellensender wurden in Betrieb genommen. Funkfernsprechverbindungen mit Brasilien, Niederländisch-Indien sowie eine zweite Verbindung mit Argentinien konnten dem Verkehr übergeben werden. Im Rundfunkwesen wurden Großsender von je 75 Kilowatt Luftleiterleistung gebaut. Die ersten Großsender sind in Mühlacker und Heilsberg (Ostpreußen) in Betrieb genommen worden. Die Arbeiten zur Förderung des Fernsehens konnten wesentlich vorwärtsgebracht werden.

In Fortführung der Vervollständigung ihrer technischen Einrichtungen werden von der Reichspost im Jahre 1931 umfangreiche Neubauten zu Ende geführt bzw. in Angriff genommen werden. So ist die Fertigstellung von rund 1380 Kilometern Fernkabel vorgesehen, dazu befinden sich in der Bauvorbereitung noch 1100 Kilometer. Zwischen Helgoland und Sylt sollen im Frühjahr 1931 durch Verlegung eines Kabels neue Sprechverbindungen geschaffen werden. Dann wird eine Kabelverbindung zwischen Pillau und Libau vorbereitet. Im Fernsprechwesen soll der Betrieb auf Fernleitungen künftig durch Fernwahl des verlangten Teilnehmers vereinfacht werden. Bei dieser Betriebsart braucht beim Auskunftsamt keine Beamtin mitzuwirken. Den Bedürfnissen der Reisenden,

auf Eisenbahnfahrten Ferngespräche

führen zu können, soll durch Einführung neuer Gesprächsarten (Reise-, Auftrags- und Zettelgespräche) Rechnung getragen werden. Nachdem in Düsseldorf und Wuppertal der Übergang zum reinen Selbstanschlußbetrieb im Jahre 1930 vollzogen werden konnte, sollen 1931 die Arbeiten in Berlin, Bremen, Chemnitz, Duisburg, Hamburg und Königsberg (das letztere Amt in allernächster Zeit) ebenfalls beendet werden. In einer Reihe weiterer Orte ist der Selbstanschlußbetrieb in Vorbereitung.

Bildfunkversuche

zwischen Berlin und Newyork unter Verwendung des amerikanischen Bildfunkgerätes von Ranger werden weiter durchgeführt. Für den Funkverkehr befinden sich zwei weitere Kurzwellensender im Bau. Zur Verbesserung des

Nachrichtenwesens mit Schiffen in See

wird für den Bereich der Ostsee an Stelle der Küstenfunkstelle Swinemünde eine neue in Sende- und Empfangsstelle getrennte Funkstation auf Rügen errichtet. Für den Fernsprechverkehr mit Schiffen auf weite Entfernungen werden bei der Hauptfunkstelle Norddeich besondere Sende- und Empfangseinrichtungen fertiggestellt werden, die mit Richtantennen arbeiten.

Im Rundfunkbetrieb

wird an der Fertigstellung des Großsenders Langenberg (Rheinland), der 75 Kilowatt Luftleiterleistung erhält, gearbeitet. Mit den benachbarten Ländern soll neben dem bisher erfolgten regelmäßigen Programmaustausch von Musikdarbietungen bald ein starker Austausch einsetzen, nachdem das deutsche Netz mit annähernd gleichwertigen Rundfunkkabelleitungen in diesen Ländern verbunden sein wird.

Am Horer der Zeit.

Politische Zwischenspiele.

Die schwarzen und die heiteren Lose trägt das neubegonnene Jahr im Schoße, niemand weiß, mit welcher Laune es die Gaben verteilen wird. Oder handelt es sich nicht um Gunst und Gefallen, geht das Schicksal in vorgezeichneten Bahnen den ewigen Weg? Solchen Glauben wollen wir nicht hegen und nicht bestärken, das hieße die Hände niederlegen und stumpf abwarten, ob das so lang verhangene Licht wieder durchbricht und siegreich die Finsternis zerstreut. Niemals kann von der Untätigkeit, vom Verzicht auf Mitwirken die Besserung kommen, auf die wir im geplagten Deutschland trotzdem und alledem hoffen. Da halten wir uns eher an die Worte des Reichspräsidenten in den Neujahrsansprachen. Zusammenfassung aller wirklichen Kräfte zur Überwindung der Krise forderte er, zur Beseitigung der Hindernisse für den Fortschritt der Menschheit. Das sei die große Friedensaufgabe, und dazu sei Deutschland entschlossen. Deshalb sieht er die Durchführung der allgemeinen Abrüstung, von den Deutschen lange vorbildlich begonnen, als notwendig an, nicht nur als Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch als das sicherste Mittel zur Befriedung der Welt und damit zu glücklicheren Tagen. Zur Einigkeit ruft Reichspräsident von Hindenburg die Bürger des Reiches auf. In kurzen Zügen ein ganzes Programm. Schließen wir uns ihm an und folgen der Parole, die des Reiches erster Beamter ausgab — es wird sicherlich kein Anlaß zur Reue da sein, wenn wir nach dem Ablauf des Jahres 1931 bereit sind, abermals ein Neujahr zu feiern.

*

Nicht so unbedingtes Vertrauen, aber doch achtungsvolle Kenntnisnahme darf der Rede zuteil werden, die Italiens Staatschef Mussolini zum Jahresbeginn im Rundfunk an die Amerikaner richtete. Er legte das Gelöbnis zum Frieden darin ab, ein Versprechen, Italien werde niemals den Anstoß zum Kriege geben. Das könnte als Zeichen gelten für versöhnliche Stimmung in dem bald geheim, bald offen geführten Kampf mit der lateinischen Schwester jenseits der Alpen. Der Streit geht um nicht mehr und nicht minder als um die von französischer Seite immer wieder als Scheinargument hervorgehobene Sicherheit. Diese „Sicherheit", daß Frankreich mindestens allen europäischen Staaten, außer England, in der Seerüstung vorausgeht. Mit Recht kann Italien sich das nicht länger gefallen lassen und deshalb der Unwille des ehemaligen Bundesbruders über Paris, das an dem verbohrten Standpunkt festhält. Man kann sich nicht denken, daß der tatendurstige Mussolini Unterwerfung anbietet, eher ist wohl anzunehmen, er rechne mit der Erweichung des fränkischen Starrsinns. Wer lebt, wird sehen. — Der redegewaltige römische Herzog rückte den wirtschaftsgewandten Amerikanern ferner die Arbeitslosigkeit unter die Augen und den Preisabbau, ohne den die Beschäftigung der unfreiwillig feiernden Arbeitswilligen nicht möglich sei, weder hüben noch drüben. In Frankreich tobt man mittlerweile und wirft dem Duce Ungerechtigkeit und Theatralik vor. Ruhig mag man das verühmte Gedicht „Disputation" des Dichters Heine heranziehen, bei dem die streitenden Helden schließlich mit der Ansicht entlassen werden, daß sie alle beide stinken — es will fast bedünken, als ob im vorliegenden Falle der verdächtige Geruch von den Ufern der Seine her doch etwas stärker wäre.

*

Die Nordamerikanische Union wird unterdessen in Schrecken gesetzt durch unliebsame Kunde aus dem mittelamerikanischen Ländchen Nikaragua. Die Vereinigten Staaten fühlen sich dort ziemlich als Herren, seitdem sie vor länger denn zwölf Monaten den aufsässigen General Sandino verdrängten und zur Flucht nötigten. Er fiel ihnen hart auf die Nerven, zumal er versuchte, seine Finger lebhaft in ihre Petroleum- oder sonstigen Geschäfte zu stecken. Selbstverständlich eine Todsünde, und so mußte er weichen. Aber nun ist er unvermutet wieder aufgetaucht und hat ohne Zögern das Banner der Empörung den Yankees gezeigt. Schon kam es zu einem scharfen Gefecht, in dem beide Heerhaufen Dutzende von Toten verloren. Wer weiß, was noch werden kann. Sandino ist ein dickköpfiger und schlauer Gegner, der von der Politik manches versteht und selbst bis in den Amerikanischen Kongreß hinein seine Wirkungen geltend zu machen wußte. Was nützt alle mit dem Munde, auch mit dem geschätzten Munde des Präsidenten Hoover beteuerte Friedensliebe, wenn der Zwang daneben besteht, diese Sehnsucht durch einen frisch-fröhlichen Feldzug auszudrücken. Im alten wie im neuen Jahr!

*

Selbst in England ist der Neujahrpunsch mit den obligaten Zutaten nicht ohne einiges Bauchgrimmen verdaut worden. Macdonald, des Imperiums Premierminister, sagte in seinem Speech, die außenpolitische Lage im vergangenen Jahre sei voller gefahrdrohender Momente gewesen. Einige wenige Finanziers in Newyork, London und Paris bemühten sich, die Früchte guter Ernten und industrieller Erfolge zu zerstören. Dann begännen gedankenlose und unverantwortliche Menschen, die Regierungen zu ersuchen, Gelder für alle möglichen und unnützen Maßnahmen zur Linderung der Not zum Fenster hinauszuwerfen. Da Herrn Macdonald außer solchen mehr allgemeinen Sorgen das besondere indische Feuer tüchtig auf der Haut brennt, mag sein Unwille verstanden werden. In Indien, in Burma, in Bombay gibt es alle Tage Mord und Totschlag trotz aller allindischen Kongresse, und noch ist keine Möglichkeit zu sehen, von der aus dem unglücklichen Indien Rettung nahen will. Macdonald kennt wohl das alte Sprüchlein nicht:

Alte Leute sagen mir,
Die Zeiten werden schlimmer,
Ich aber sage nein;
Denn es trifft viel besser ein:
Die Zeiten sind wie immer,
Die Leute werden schlimmer.

Womit die Betrachtungen geschlossen werden sollen in der tröstlichen Voraussetzung, daß 1931 endlich die Leute besser werden mögen. Gregor.

Die erfolgreiche „Motte".

Geglückter Schlechtwetterflug Köln—Berlin.

Die zweiundzwanzigjährige englische Fliegerin Amy Johnson, die im vergangenen Jahr durch einen geglückten Australienflug bekannt wurde, und die sich gegenwärtig auf einem Etappenflug nach Peking befindet, hat wieder ein Zeugnis ihres besonderen fliegerischen Könnens ablegen können. Sie war bei schlechtem Wetter in Köln aufgestiegen und hat nach etwa sechs Stunden die Reichshauptstadt erreicht, nachdem man die Fliegerin schon beinahe aufgegeben hatte, da man stundenlang ohne jede Nachricht von ihr war.

Wie die Pilotin erzählte, war sie sehr weit nördlich von ihrer Route abgewichen und hatte, um sich zu orien-

---

Die Töchter der Sibylle Degenhart.

Roman von Helene Helbig-Tränkner.

„Ob ich es verstehe? Auch ich hatte vergessen, daß ich Anton Rosenbergs Tochter bin, des Stiefvaters von Lutz Brenkendorf, des Mannes, an dem er vorbeisieht, den er nicht achtet, weil er . . ." Sie zögerte.

„. . . mit einem Justus Wengermann gemeinsame Sache machte," fuhr der Kranke fort. „Er hatte recht, eigentlich haben wir beide ein ähnliches Schicksal."

„Eigentlich," wiederholte sie.

„Kinder die sich sagen müssen, daß ihre Väter eine Familie zugrunde gerichtet, Kinder vaterlos gemacht und der Stütze und des Haltes beraubt haben."

„Wen meinen Sie?" fragte Hetti gespannt.

„Die Töchter der Frau Sibylle Degenhart, die mein Vater einst geliebt und der er Verderben geschworen, denn sie ihn nicht erhörte. Sie heiratete Heinrich Degenhart, und nun begann sein Werk."

„Woher wissen Sie . . . ?

„Meine Mutter hat mir alles erzählt; sie war die ungeliebte Frau meines Vaters; er verließ uns, um sein Werk zu vollenden."

Hetti starrte sinnend vor sich hin.

Die Töchter der Sibylle Degenhart waren das Opfer, und nun war auch sie dabei, das Vernichtungswerk an ihnen fortzusetzen! Pfui, Hetti Rosenberg, willst du die belastete Tochter deines Vaters sein?

„Dann sind wir eigentlich zwei Ausgestoßene, wir beide," sagte sie ein wenig bitter und sah noch immer vor sich auf den Fußboden.

„Wir beide!" kam es von dem Lager zurück. Sie blickte sich um, der Kranke hatte die Augen geschlossen, ein stiller Leidenszug lag auf seinem Antlitz.

„Warum muß Ihr Vater immer wiederkommen und die Kreise der Firma Brenkendorf stören?" begann sie wieder.

„Er war Ihres Vaters Freund, sie hatten Geschäfte miteinander, ich weiß nicht, was sie bindet, vielleicht hängt einer vom anderen ab," antwortete er.

„Als Heinrich Degenhart starb — er starb durch eigene Hand . . ." sie setzte einen Augenblick aus.

„Man sagt es," murmelte Georg Wengermann.

„. . . war er eine Zeitlang verschwunden."

„Sie wissen doch — er ist ein Zuchthäusler." Er sagte es hart und hohnvoll.

„Was tat er?"

„Er fälschte Unterschriften der Firma Brenkendorf und brachte die Töchter der Sibylle Degenhart an den Bettelstab."

Es war still im Zimmer, sie schwiegen beide. Hetti hatte die Hände ineinandergelegt und sah sinnend zu dem Sternenhimmel empor. Endlich sagte sie mit einem warmen Tone in der Stimme, indem sie auf ihn zutrat: „Möchten Sie jetzt nicht ruhen, Herr Wengermann? Es ist spät in der Nacht, und wenn Sie etwas brauchen, ich bin ganz in der Nähe, klingeln Sie!" Sie reichte ihm die Hand, die er hastig ergriff. Er sah sie dabei mit einem innigen Blick an. „Ich danke Ihnen für alles, Fräulein Rosenberg," sagte er. Da lief sie eilig davon, und es schien, als habe sie Tränen im Auge.

Draußen lief sie Lutz fast in die Arme, der von seiner Mutter kam. Er sah sie ängstlich an. „Geht es schlechter?" forschte er und ward noch besorgter, als er Hettis tränenerfüllte Augen gewahrte.

„Nein," erwiderte sie, „nur ist es Zeit, daß er ein wenig ruht."

Lutz nickte erleichtert. Er hatte soeben seiner Mutter das Ereignis mitgeteilt und teilte nun deren Besorgnis, Hetti könne in ihrer etwas trotzigen, rücksichtslosen Art dem Kranken weh tun. Aber es schien, als habe irgend etwas das Wesen des Mädchens verändert.

Da öffnete sich die Tür von Frau Rosenbergs Zimmer und sie selbst stand auf der Schwelle. „Hetti sagte sie, „würdest du wohl einen Augenblick Zeit für mich haben?"

Etwas befremdet bejahte diese und trat in den behaglichen Raum, den Frau Rosenberg ihren „Sonnenwinkel" nannte. Denn die Sonne hatte am Tage wirklich hier zwei Augen, mit denen sie hereinschaute, das waren die über Eck gelegenen Fenster, durch die das letzte Abendleuchten und die ersten Morgenstrahlen drangen.

Sie setzte sich in den grüngepolsterten Ripsstuhl und sah erwartungsvoll dem Tun ihrer Stiefmutter zu, die gewandt, trotz ihrer kurzsichtgien Augen, das Schubfächlein ihres Schreibtisches aufschloß und ihm ein Päckchen Papiere entnahm. Dann ließ sie sich ihr gegenüber in einem gleichen Stuhle nieder.

„Es ist lieb von dir, Hetti," sagte sie, „daß du mir ein Stündchen gönnst. Wir haben so selten Gelegenheit, uns näher zu kommen. Da wir uns fast nur zu den Mahlzeiten sehen, wo dein Vater und Lutz zugegen sind, haben wir uns nur wenig allein und können deshalb nie unter vier Augen miteinander sprechen."

Hetti sah noch immer auf das Päckchen Briefe, das Frau Rosenberg fest in der Hand hielt.

Schon schürzten sich ungeduldig ihre Lippen, und ihr Blick ward mißtrauisch.

„Ich stehe immer gern zu deiner Verfügung, liebe Mama," erwiderte sie.

Frau Rosenberg lächelte. „Nein, Kind, das verlange ich nicht, ich habe weiter kein Recht auf dich, du bist mündig, und ich bin ja nur deine Stiefmutter. Aber was mir an dir zu tun möglich war, habe ich getan, da mir deine Mutter auf dem Sterbebette dich ans Herz legte."

Sie löste die Schlinge des Päckchens und reichte ihr zwei Briefe. Es waren die letzten Bitten einer Sterbenden. Zögernd faßte Hetti danach, dann las sie leise für sich:

„Sie kennen meinen Mann, liebste Frau Hanna, nehmen Sie sich meines unbeschützten Kindes an, es ist ein wenig verzogen und ichsüchtigen Charakters, aber ein guter Kern steckt in ihm. Helfen Sie ihm auf den rechten Weg! Und wenn einmal später ihm ein Mann begegnen sollte, der meine Hetti liebt, stehen Sie ihm mit treuem Freundesrat zur Seite, denn Sie können es in Ihrer Güte. Ich empfehle ihnen auch meinen Mann, der nie aufgehört hat, Sie zu lieben, und der ein schwankendes Rohr im Winde ist, gut und schwach!"

Dann nahm Hetti den anderen Brief, den Frau Rosenberg ihr reichte.

„Ich fühle meine Kräfte schwinden, vielleicht ist dies mein letzter Gruß. Schützen Sie meinen Mann vor Justus Wengermann, er ist sein böser Geist, aber seinen kleinen Sohn und seine Gattin möchte ich Ihnen ans Herz legen. Der Kleine ist ein liebes, braves Kind und hat guten Einfluß auf Hetti, wie ich beim Spiel der Kinder bemerkt. Und mein letzter Rat für Sie ist: Hüten auch Sie sich vor diesem Wengermann."

Als sie gelesen, sah Hetti fragend zu der Stiefmutter empor. Aber Frau Rosenberg hatte noch mehr für sie.

„Und dies sind die Schuldscheine, die mir dein Vater gegeben," sagte sie lächelnd, sie werden vernichtet werden."

Es war ein ansehnliches Paket, sie legte es auf den Tisch.

„Und hier?" fragte Hetti leise, noch unter dem Druck des Gelesenen auf zwei Briefe weisend, die noch in Frau Rosenbergs Hand lagen.

„Lies selbst," Kind!" bat sie leise. „Meine Augen versagen ihren Dienst!"

Da faßte Hetti danach, es war ein Brief Heinrich Degenharts, worin er Frau Hanna im Namen seines Freundes Rosenberg bat, dessen Frau zu werden und als sein guter Geist ihn und sein Kind zu schützen. Und der andere war an Anton Rosenberg gerichtet, er lautete:

„Du kannst nur unter den Händen der einen Frau wieder zum rechten Weg gelangen. Meide Wengermann und lebe den Deinen. Ich habe so viel für Dich getan, daß ich schon Raub an den Meinen verübte. Deine Spielschulden habe ich Dir bezahlt.

Heinrich Degenhart."

(Fortsetzung folgt.)

wenn sie am Dreikönigstag mit dem Weihwedel durch ihre Wohnung geht. Bösen Gewalten sollen die Initialen wehren. In den Umzügen der Sternsinger verschmolz sich uralte Tradition mit den dreien.

In die Tage des neuerwachenden Lichts fiel ihr Fest, dem Licht waren sie selber einst nachgezogen. Symbole nicht nur der wiedererwachenden irdischen Sonne, Verkünder ewigen Lichts gingen sie nun durch die dunkle Winterwelt. Liegt die Sehnsucht nach diesem Licht nicht uns allen im Herzen? Im Innersten seiner Seele weiß der Mensch eben doch und weiß es gerade in den härtesten und — materiellsten Zeiten, daß es Sterne gibt, die aus anderen Welten strahlen. Scheuer Ehrfurcht voll beugt er sich denen, die da wissen, diesen Sternen nachzugehen.

D. G.

Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bereich des Arbeitsamtes Lüdenscheid

für die Zeit vom 16. bis 31. 12. 1930.

Die rückläufige Bewegung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheid, macht sich in der zweiten Dezemberhälfte durch die zahlreichen Entlassungen in der Metallindustrie infolge Durchführung der beantragten Betriebsstillegungs- und Betriebseinschränkungsmaßnahmen, wegen Fertigstellung der Weihnachtsaufträge, sowie durch das fast völlige Ruhen der Bautätigkeit in verstärktem Maße geltend. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ist von 5185 am 15. 12. 1930 auf 5851, die der Arbeitsuchenden insgesamt von 6740 auf 7408 gestiegen. Auf 1000 Einwohner im Bezirk entfallen am Stichtage 46,4 Hauptunterstützungsempfänger und rund 59 Arbeitsuchende.

Gezählt wurden am 31. 12. 30.:

Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung	4175	(3696)
in der Krisenfürsorge	1676	(1489)
Notstandsarbeiter	42	(53)
Arbeitsuchende ohne Unterstützung einschl. Wohlfahrtserwerbslose	1515	(1502)
	7408	(6740)

Diese verteilen sich wie folgt:

	Hauptunterstützungsempf. Arbeitsl.-Unterst. m.	w.	Krisen-Unterst. m.	w.	Arbeitsuchende ohne Unterst. einschl. der Wohlfahrts-E.	Zus.
Lüdenscheid Stadt	744	163	391	57	614	1969
Lüdenscheid Amt	272	38	191	6	144	651
Halver Amt	295	13	105	10	163	586
Kierspe Amt	181	9	115	—	30	335
Meinerzhagen Amt	164	14	27	—	32	237
Altena Stadt	710	50	239	10	92	1101
Werdohl Amt	508	28	198	4	105	843
Neuenrade Amt	91	9	53	1	69	223
Plettenberg Stadt	320	18	133	1	165	637
Plettenberg Amt	397	10	84	1	114	606
Herscheid Amt	141	—	50	—	29	220
	3823	352	1586	90	1557	7408

—* **Reichsbahn führt Höchstpreise in den Bahnhofswirtschaften ein.** Nachdem die Reichsbahn durch Tarifsenkungen im Personen- und Güterverkehr der Preissenkungsaktion der Reichsregierung neue wirksame Anregungen gegeben hat, versucht sie, die Preissenkung nun auch durch Kontrolle der Preise in den Bahnhofswirtschaften weiter zu unterstützen. Da wichtige Lebensmittel im letzten Jahre billiger geworden sind, ist die Reichsbahn der Ansicht, daß es auch den Bahnhofswirtschaften möglich sein müsse, die bisherigen Preise zu senken. Die Reichsbahndirektionen sind daher von der Hauptverwaltung angewiesen worden, von dem vertragsmäßig vorgesehenen Recht Gebrauch zu machen und mit Wirkung vom 1. Januar 1931 Höchstpreise für die gangbarsten Speisen und Getränke festzusetzen. Hierunter sollen vor allem fallen: einfache warme Mittags- und erforderlichenfalls Abendessen (Stammessen), warme Würstchen, einfach belegte Brote und Brötchen, letztere auch zusammengeklappt und nur einseitig belegt, Milch, Limonade, Selters und Brausen und für Kaffee — gegebenenfalls unter Einberechnung des Bedienungsgeldes, — um eine verteuernde Aufrundung der Pfennigbeträge zu verhüten.

Die Reichsbahn ist auch entschlossen, nötigenfalls eine Herabsetzung der Pacht dann in Kauf zu nehmen, wenn durch diese Preisbeschränkung eine erhebliche Minderung des Ertrages der Bahnhofswirtschaften eintreten sollte und dem Pächter kein ausreichender Verdienst verbleibt.

—* Nachdem es der Reichsbahn nicht gelungen war, zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen mit den Gewerkschaften generelle Vereinbarungen über Feierschichten in den Werkstätten und in der Bahnunterhaltung zu treffen, und nachdem auch ein von der Reichsbahn herbeigeführter Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers erfolglos geblieben war, hat die Reichsbahn die Entlassungen durch Feierschichtvereinbarungen mit den Arbeitern selbst hintanzuhalten versucht. Dieses Vorgehen wird von den Gewerkschaften in der Presse als Tarifbruch bezeichnet. Hierzu erfahren wir von der Reichsbahn, daß der Vorwurf des Tarifbruchs, der gegen sie wegen der Einlegung von Feierschichten erhoben wird, unbegründet ist. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft kann rechtswirksam von Bestimmungen des Tarifvertrags im Wege der einzelvertraglichen Regelung abweichen, wenn diese Bestimmungen abdingbar sind. Um eine solche abdingbare Bestimmung handelt es sich aber bei dem § 3 des Lohntarifvertrags für die Arbeiter der Reichsbahn, der die regelmäßige Arbeitszeit regelt. Die Reichsbahn wird daher weiter bemüht bleiben, durch den Abschluß der örtlichen Feierschichtvereinbarungen Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden.

Halver

—): Zu einer Weihnachtsfeier hatte die Junggefolgschaft und Schwesternschaft des Jungdeutschen Ordens der Bruderschaft Halver am vergangenen Samstag eingeladen. Zahlreich waren alle der Einladung gefolgt um noch mal das schönste der deutschen Feste an sich vorbeiziehen zu lassen. Pünktlich um 8 Uhr wurde die Feier mit dem gemeinsamen Lied „O Tannenbaum" eröffnet. Nach einer längeren Begrüßungsansprache begann man mit dem Abwickeln des schön aufgestellten Programms. Es erübrigt sich, irgendwelche Teile herauszustreichen, jedoch sei vor allen Dingen der Theaterspieler gedacht, die sich ihrer Rollen, als dummfrache Rekruten, wohl bewußt waren. Die Verlosung, die sich anschloß, brachte noch manche Freude, vor allen Dingen war es für die Junggefolgschaft Halver etwas erhabenes, als ihr das Schanzzeug für die auszuarbeitende Höhle das Hüllloch, überreicht wurde. — Alles in allem, jeder wird die gemeinsam verlebten Stunden noch oft und gern in sein Gedächtnis zurückrufen.

Kierspe

)= **Vollme.** Am Neujahrstage feierte die Freiwillige Feuerwehr Vollme im Saale Krüsken ihr Winterfest durch Konzert und Ball unter Mitwirkung des Theatervereins „Artist" Lüdenscheid und des Musikvereins Kierspe-Bhf. Die Veranstaltung begann gegen 4,30 Uhr nachmittags; der Saal war brechend voll. Der Hauptmann May Becker-Vollwerk begrüßte die erschienenen Gäste und unter ihnen besonders die Nachbarwehren Neuenhaus und Lengelscheid. Bald entwickelte sich ein lebhafter Festbetrieb in gehobener kameradschaftlicher Stimmung, zu welcher der Musikverein mit seinen ansprechenden Weisen lebhaft beitrug. Die Darbietungen des Theatervereins fanden dankbare Aufnahme, und man hörte viel Anerkennung über die Bemühungen des Kommandos, dem es gelungen war, das Fest in so prächtiger Form auszugestalten.

Kierspe-Bhf.

—b Der **Marine-verein „Obervolmetal"** Sitz Kierspe-Bhf. veranstaltete am Samstag abend im Lokale des Kameraden Fritz Weiland eine Weihnachtsfeier verbunden mit einer Kinderbescherung. Die Mitglieder waren zahlreich mit ihren Familienangehörigen erschienen. Aus den Kreisen der Vereinsfreunde hatten sich liebenswürdigerweise einige Personen zur Verfügung gestellt, die den gesanglichen und musikalischen Teil bestritten. Mit einer „Phantasie über das Lusitania Lied" und „Das Matrosengrab" wurde die Feier begonnen. Herr Diesel-Emden sprach als Vorsitzender Worte der Begrüßung. Er ließ in seinen Ausführungen noch einmal den bisherigen Werdegang des jungen Vereins, der sich die Devise „Alle für Einen und Einer für Alle" zu eigen gemacht habe an den Augen der Besucher vorbeiziehen. Gemeinschaftlich sang man das Lied „O Tannenbaum". Ein inhaltreiches Gedicht wurde vom Kameraden Ewald Riggemann vorgetragen und fand Beifall. Kamerad Apel verlas dann das Gedicht „O Deutschland". Das Gedicht „Das kleine schwarze Torpedoboot" gesprochen von W. Weiland löste großen Beifall aus, was auch von dem Gedicht „Untergang des Iltis" zu sagen ist. Die Verlosung brachte manchem einen schönen Gewinn. Den Höhepunkt des Abends bildete die Kinderbescherung Knecht Ruprecht erschien persönlich um die lieben Kleinen zu beschenken. „Der lange Fritz" wußte sich dieser Aufgabe vortrefflich zu entledigen. Bei Gesang, Vorträgen und Darbietungen verschiedenster Art rannen die Stunden schnell dahin und man trennte sich in dem Bewußtsein, einen echten kameradschaftlichen Abend im Kreise seiner Lieben und Freunde verlebt zu haben.

—b Der **Nutzgeflügelzuchtverein Schnörrenbach** hielt im Lokale des Herrn Wilh. Becker seine Jahresversammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden Carl Keune geleitet wurde. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Auf der am 18. 1. 30. in Lüdenscheid stattgefundenen Kreisverbandsausstellung stellte der Verein 44 Tiere aus. Ehrenpreise erhielten die Mitglieder Wilh. Vollmer, Carl Schürmann, Carl Keune und Wilh. Gerlach. Am 29. und 30. Nov. hielt der Verein die Kreisverbandsausstellung ab, die die bestbesuchte Ausstellung des Kreisvereins war. Von sämtlichen ausstellenden Vereinen erreichte der Verein Schnörrenbach die höchste Gesamtpunktzahl und erhielt den Wanderpreis. Die vom Kreisverband hierfür gestifteten Diplome sind inzwischen eingetroffen. Am 28. und 29. Dezember 1930 wurde eine Stall- und Betriebsschau durchgeführt und zwar durch die Herren Peter Dahlhaus-Berken; Carl Keune, Heinrich Mürmann und H. Buhlemann. Der Landrat des Kreises Altena hatte hierzu einen Betrag von 50 RM. gestiftet. Den 1. Preis erhielt F. W. Rittinghaus mit 94 Punkten; den 2. Preis Carl Keune mit 76 Punkten und den 3. Preis H. Buhlemann mit 71 Punkten. Insgesamt wurden 16 Ställe besichtigt, die alle in gutem Zustande angetroffen wurden. Die vorgenommene Vorstandswahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Carl Keune, 2. Vorsitzender Wilh. Faßbender, 1. Schriftführer Eugen Benninghaus, 2. Schriftführer Wilh. Becker, 1. Kassierer Wilh. Gerlach und 2. Kassierer Heinr. Mürmann; Beisitzer Wilh. Vollmer, Erich Boecker und Carl Schürmann. Der Kassenbericht konnte noch nicht erteilt werden, da noch einzelne Unterlagen fehlen. Der nächsten Versammlung soll Bericht erstattet und inzwischen die Kasse geprüft werden. Dem Verein Halver will man zu seiner Lokalschau die Käfige im Einverständnis mit dem Nachbarverein Kierspe leihweise für eine Entschädigung von 30 Pfg. überlassen. Die am 7. und 8. 2. 31 in Halver stattfindende Lokalschau will der Verein beschicken. Der Vorsitzende gab bekannt, daß das Mitglied Ad. Kleinjung, Halver dem Verein einen Stamm Westf. Krüper-Hühner gestiftet habe und wurde derselbe dem Mitglied Alfred Faßbender unter besonderen Bedingungen zugesprochen. Die vom Provinzialverband bereit gestellten Münzen sind eingegangen und wurden den Mitgliedern Carl Keune und Erich Boecker für beste Leistung in einer Rasse und Farbe auf der Kreisverbandsschau ausgehändigt. Der Vereinsbeitrag wird den erwerbslosen Mitgliedern erlassen. Der Vorsitzende gab der Versammlung noch eine wichtige Mitteilung bekannt, die für den gesamten deutschen Eierhandel und die Geflügelzüchter von großer Bedeutung sind. Nachdem man noch einige Fragen besprochen hatte, wurde die anregende Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen.

•

Spielwigge. Dr. Würtz Dr. Rentrops Nachf. Am 1. Januar übernahm Herr Dr. phil. Würtz als Nachfolger des verstorbenen Herrn Dr. Rentrop die Leitung des Walderziehungsheims und Knabeninstituts Spielwigge; er verläßt nach 10jähriger Tätigkeit am Reformgymnasium zu Remscheid den Staatsdienst, um seine langjährigen pädagog. Erfahrungen in den Dienst der Anstalt zu stellen.

Kleinhammer. Ehrenvolle Berufung. Wie uns mitgeteilt wird, ist Herr Kreisinspektor A. Masche, zu Unna, Sohn des Fuhrunternehmers Wilhelm Masche zu Kleinhammer, zum Bürgermeister des Amtes Rynern gewählt worden.

Hagen. Herzschlag. Am Silvesterabend erlitt ein Zechenbeamter aus Essen in dem Zuge 10,48 Uhr ab Hagen in Richtung Essen kurz hinter Hagen einen Herzschlag. Die Leiche wurde in Vorhalle aus dem Zuge geholt und zur Leichenhalle nach Altenhagen gebracht. Der Mann war 53 Jahre alt.

Iserlohn. Ermittelte Fischdiebe. In der letzten Zeit sind wiederholt aus den Zuchtteichen am Seilersee Fische widerrechtlich entnommen worden. Als Täter sind von der Kriminalpolizei vier Personen ermittelt und am 31. Dezember 1930 dem Amtsgericht zugeführt worden.

Bielefeld. Fluchtversuch aus dem Untersuchungsgefängnis. Der Zeltverleiher D., der sich, wie berichtet, wegen Brandstiftung im hiesigen Untersuchungsgefängnis befindet, versuchte zu flüchten, indem er aus dem Fenster seiner im vierten Stockwerk gelegenen Zelle hinuntersprang. Er erlitt einen Schenkelbruch und innere Verletzungen und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Aus der Nachbarschaft

Osnabrück. Bezirksausschuß lehnt Steuerbeschlüsse ab. Die Erwartungen, daß unsere Stadt nach dem Mehrheitsbeschluß der Städtischen Kollegien das neu entstandene Defizit durch eine geringe Erhöhung der Gewerbekapitalsteuer und der Grundvermögensteuer zu decken, ohne einen Steuerkonflikt davonkommen würde, haben sich nicht erfüllt. Inzwischen hat der Bezirksausschuß getagt und den Steuerbeschlüssen seine Genehmigung versagt. Wichtige kommunalpolitische Pläne der Stadt sind dadurch wieder in einem Schwebezustand, denn auf der einen Seite haben die Beschlüsse der Städtischen Kollegien keine bindende Kraft, und auf der anderen hat auch die höhere Instanz keine endgültigen Entscheidungen, wie nun das Defizit gedeckt werden soll, getroffen. Als nächste Instanz wird sich der Provinzialrat mit der Angelegenheit beschäftigen.

Bremen. Verhandlungen wegen einer marxistenfreien Regierung. Die NSDAP. Bremen hat an die rechtsgerichteten Fraktionen der neugewählten Bremischen Bürgerschaft eine öffentliche Anfrage gerichtet, ob sie bereit seien, sich für einen marxistenfreien Senat einzusetzen. Nachdem die Wirtschaftspartei, die Hausbesitzer und die Konservativen ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zugesagt hatten und da die Mitwirkung der Deutschnationalen stillschweigend als zugesagt galt, war die Entscheidung der Deutschen Volkspartei von ausschlaggebender Bedeutung. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat nunmehr, auf ihre Mitwirkung in dem rein bürgerlichen Senat in den Jahren 1920 bis 1928 hinweisend, geantwortet, daß sie zu Verhandlungen über eine Um- oder Neubildung des Senats bereit sei und nähere Vorschläge der NSDAP erwarte.

Göttingen. Major a. D. Ahlhorn †. Der ehemalige Kommandeur des Göttinger Reichswehr-Bataillons, Major Emil Ahlhorn, ist an den Folgen einer Zahnoperation aus dem Leben geschieden. Der Entschlafene war einer der sympathischsten Menschen, die in Göttingen nach Rücktritt vom Dienst unsere Stadt zum dauernden Aufenthalt erwählt hatten. Er war am 19. September 1876 in Altworden in Oldenburg geboren als Sohn des späteren Regierungspräsidenten, des früher viel genannten oldenburgischen Fürstentums Birkenfeld. Als Hauptmann und Kompagnieführer des Infanterie-Regiments Nr. 82 hat er den Weltkrieg von Anfang bis zu Ende erfolgreich mitgemacht. In die Heimat zurückgekehrt, wurde er am 15. September 1920 zum Kommandeur des nach Göttingen verlegten Bataillons der Reichswehr ernannt. Doch zog er sich am 1. Januar 1921 ins Privatleben zurück. Im besten Mannesalter von 54 Jahren ist er nun an den Folgen einer an sich ungefährlichen Zahnoperation verstorben.

Braunschweig. Einst und jetzt im Schulwesen. Der frühere Mittelschullehrer Klages in dem preußischen Harzort Benneckenstein, der von der preußischen Regierung wegen nationalsozialistischer Betätigung, besonders während des Kampfes um das Volksbegehren, seines Amtes enthoben wurde, ist jetzt von der braunschweigischen Regierung zum Regierungsrat ernannt worden, und es sind ihm die Geschäfte eines Hilfsreferenten im Volksbildungsministerium in Braunschweig übertragen worden.

Detmold. Um die Kirchenverfassung. Die Verfassung der Lippischen Landeskirche, die vom Vorstand der Außerordentlichen Landessynode ausgearbeitet worden ist, wird von den lutherischen Kirchengemeinden, die seit jeher im lippischen Kirchenleben eine Sonderstellung einnehmen, abgelehnt. Zu dem Verfassungsentwurf äußern sich die Kirchenvorstände der lutherischen Gemeinden Detmold, Lemgo, St. Nikolai und St. Marien, sowie die Gemeinde Bergkirchen ablehnend. In den vier Schreiben der Gemeinden wird gesagt, daß zunächst die Frage zu klären sei, ob die Lippische Landeskirche selbständig bleiben solle, oder ob es nicht besser wäre, daß sie sich einem größeren Kirchenkörper anschließe. Während der Kirchenvorstand Detmold einen solchen Anschluß für unvermeidlich erklärt und sich St. Marien-Lemgo weitere Schritte vorbehält, erklären St. Nikolai-Lemgo und Bergkirchen ganz offen, daß sie für einen Anschluß an die preußische Landeskirche seien.

Hannover. Maßregelung von Zeitungen. **Wie die „Niederdeutsche Zeitung" berichtet, ist sie durch einen Geheimerlaß des Oberpräsidenten Noske vom 3. Dezember 1930 von amtlichen Bekanntmachungen gegen Bezahlung auszuschließen, und von dem gleichen Schicksal werden dem genannten Blatte zufolge betroffen: die „Neue Arbeiter-Zeitung" in Hannover, der „Niedersächsische Beobachter" (Wochenschrift) in Hannover, „Der Stahlhelm" (Wochenschrift) in Hannover, „Hildesheimer Abendblatt" in Hildesheim, der „Niedersachsenstürmer" in Buchholz (Kr. Harburg), „Das Landvolk" in Lüchow, das „Stader Tageblatt" in Stade und der „Stadtwächter" (Wochenschrift) in Osnabrück. Der Erlaß schließt folgendermaßen: „Ich ersuche ergebenst, die nachgeordneten Behörden wie auch die anderen preußischen Dienststellen mit entsprechender Anweisung zu versehen."**

Braunschweig. Mord und Selbstmord. **In seiner Wohnung in der Fabrikstraße wurde der Werkführer Bode mit seiner Geliebten, einem jungen Mädchen namens Gronewald, erschossen aufgefunden. Bode, der verheiratet ist und von seiner Frau getrennt lebt, unterhielt mit der Gronewald eine Bekanntschaft. Der Befund ergab, daß wahrscheinlich Bode erst das Mädchen mit dessen Einverständnis und dann sich selbst erschossen hat.**

Goslar. Ein Reichswehrsoldat angeschossen. Am Neujahrsmorgen wurde der 21jährige Schütze Cassel vom hiesigen Jägerbataillon durch Schüsse schwer verletzt. Er wollte in eine Gastwirtschaft gehen, fand aber die Tür verschlossen, als er plötzlich durch einen Schuß aus dem Lokal niedergestreckt wurde. Er mußte ins Krankenhaus transportiert werden, wo er hoffnungslos daniederliegt. Die Schuldigen konnten noch nicht vernommen werden, da sie sämtlich stark unter dem Einfluß von Alkohol standen.

Duderstadt. Moderner Schildbürgerstreich. Einem Schildbürgerstreich wurde jetzt in Wollbrandhausen ein Ende gemacht. Die Gemeinde besaß seit längerer Zeit eine benutzungsfertige Straßenbeleuchtungsanlage, die aber nicht verwendet wurde, da man sich wegen der Deckung der Stromkosten nicht einig werden konnte. Dieser Zustand mit den nach Strom lechzenden Lampen hätte sich voraussichtlich noch lange hingezogen, wenn sich nicht jetzt ein Bürger gefunden hätte, der sich verpflichtete, die Kosten auf sich zu nehmen, damit die Wollbrandhauser abends nicht Gefahr laufen, trotz ihres Lampenreichtums im Dunkeln zu Schaden zu kommen.

Großfeuer in einer Bremer Drogerie.

Explosion von Feuerwerkskörpern.

In einer Drogerie in Bremen entstand eine Explosion der im Laden in großen Mengen lagernden Feuerwerkskörper. Als die Feuerwehr eintraf, stand bereits das mittlere Stück des Verkaufsraumes in hellen Flammen, die zahlreich aufgestapelten Silvesterscherzartikel explodierten mit heftigem Getöse und verwandelten den größten Teil der Ladeneinrichtung im Augenblick in ein wüstes Durcheinander. Der Brand nahm mit großer Schnelligkeit an Ausdehnung zu, da durch die andauernden Explosionen auch die Essenzen und Spirituosen Feuer fingen und durch die Hitze Bohnerwachs in den Dosen schmolz und ebenfalls von den Flammen ergriffen wurde. Da sich zur Zeit des Feuerausbruches mehrere Kinder im Laden befanden und die Feuerwehr vermutete, daß einige von ihnen von den Flammen überrascht sein könnten, wurden die Löscharbeiten mit größter Intensität durchgeführt. Glücklicherweise stellte sich heraus, daß sämtliche Kinder, deren sich bei Ausbruch des Brandes eine Panik bemächtigte, rechtzeitig den gefährlichen Ort verlassen konnten. Nach etwa anderthalbstündiger Tätigkeit war die Gewalt des Feuers, das den größten Teil der Ladeneinrichtung und der Warenbestände vernichtet hat, gebrochen und weitere Gefahr beseitigt. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden. Der Sachschaden soll sich auf 25 000 Mark belaufen.

Maskierte Räuber in der Spar- und Darlehnskasse.

9000 Mark erbeutet und entkommen.

Bei der Spar- und Darlehnskasse in Marienhafe in Ostfriesland wurde ein verwegener Raubüberfall verübt. Drei maskierte Männer, die in geringer Entfernung von der Spar- und Darlehnskasse einem Kraftwagen entstiegen waren, begaben sich mit vorgehaltenen Revolvern in den Kassenraum der Bank, hielten die Beamten in Schach und raubten 9000 Mark. Einer hielt die Beamten zurück, bis die anderen beiden den Kraftwagen mit der Beute wieder bestiegen hatten und sprang dann im letzten Augenblick nach. Die Täter entkamen unerkannt.

Disziplinarverfahren gegen Dr. Hoffmann.

Vertragslösung durch die Industrie- und Handelskammer Schaumburg-Lippe.

Der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer zu Minden i. W. erstattete einer Vollversammlung der Kammer Bericht über den Fortgang des Verfahrens gegen den Syndikus Dr. Hoffmann. Die, wie berichtet, von der Kammer eingesetzte Sonderkommission hat sich mit den juristischen Fragen beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß zur Klärung der Angelegenheit ein Disziplinarverfahren notwendig erscheint, da Dr. Hoffmann mittelbarer Beamter ist. Der Regierungspräsident in Minden hat die Maßnahmen für ein Disziplinarverfahren bereits eingeleitet. Erst nach der Beendigung des Verfahrens wird die Kammer ihre Entscheidungen fällen können.

Die Industrie- und Handelskammer für Schaumburg-Lippe hat den Privatdienstvertrag mit dem wegen finanziellen Schwierigkeiten zu Anfang Dezember nach der Schweiz gefahrenen Handelskammersyndikus Dr. Hoffmann-Minden gelöst.

Aussperrung auf der Ilseder Hütte.

Peines Stromversorgung von der Preußag übernommen.

Die Lohnverhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes beim Peiner Walzwerk, der Ilseder Hütte und ihren Nebenbetrieben sind, wie schon gemeldet, gescheitert. Die Werksleitung hat mit dem Ablauf des Sonnabends sämtliche Arbeiter ausgesperrt und wird ihre Betriebe, da nicht genügend Unterschriften von Arbeitswilligen zur Aufrechterhaltung des Betriebes eingegangen sind, stillegen. Das Kalkwerk in Marienhagen, das in seinem Absatz vom Peiner Walzwerk abhängig ist, hat ebenfalls seine Belegschaft kündigen müssen. Durch die Stillegung der Ilseder Hütte, die die Stadt Peine mit Strom versorgt, ist auch die Stromversorgung der Stadt und des Kreises Peine in Frage gestellt. Es wurden Verhandlungen mit den zuständigen Stellen geführt, um die Kraftversorgung sicherzustellen. Die Verhandlungen führten zu einem Abschluß mit der Preußag, die ihren Strom über die Zentrale der Ilseder Hütte den Verbrauchern in Stadt und Kreis Peine zuleiten wird. Ueber die Aussichten des Lohnkampfes kann noch nichts gesagt werden. Die Arbeitnehmer sind gewillt, den Kampf aufzunehmen und ihn mit den gewerkschaftlichen Mitteln durchzuführen.

Neues Steuerjahr für Arbeitnehmer.

Steuerermäßigungsanträge sind jetzt zu stellen!

Für die Gehalts- und Lohnempfänger beginnt mit dem 1. Januar insofern das neue Steuerjahr, als sie verpflichtet sind, noch vor der ersten Lohn- und Gehaltszahlung ihrem Arbeitgeber ihre Steuerkarte für 1931 einzureichen, wenn sie in den Genuß der gesetzlich vorgesehenen Steuerfreiheit eines Teiles ihres Einkommens kommen wollen. Die Steuerkarten sind inzwischen durch die Kommunalbehörden sämtlichen Arbeitnehmern auf Grund der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober des vergangenen Jahres zugestellt worden. Hat ein Arbeitnehmer keine Steuerkarte erhalten, so liegt es in seinem eigenen Interesse, sich schnellstens darum zu bemühen, da der Arbeitgeber ohne vorliegende Steuerkarte 10 Prozent vom Bruttoverdienst abführen muß, ohne den steuerfreien Betrag von zurzeit 100 Mark monatlich und entsprechende Zuschläge für Familienangehörige berücksichtigen zu dürfen.

Der Gewerkschaftliche Pressedienst weist aber die Arbeitnehmer ganz besonders noch darauf hin, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit besteht, den steuerfreien Betrag zu erhöhen. Der steuerfreie Betrag von monatlich 100 Mark setzt sich zusammen aus 60 Mark (oder wöchentlich 14,40 Mark) Existenzminimum und 40 Mark (oder wöchentlich 9,60 Mark) Pauschalbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen. — Werden an den Arbeitnehmer im Laufe des Jahres 1931 verstärkte finanzielle Ansprüche gestellt durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse, beispielsweise außerordentliche Aufwendungen für Erziehung, Unterhalt und Berufsausbildung der Kinder, Unterstützung mittelloser Eltern oder anderer Familienangehöriger, Krankheit oder Unglücksfolgen usw., so kann er unter ausführlicher Begründung und Beifügung von Belegen die Erhöhung des steuerfreien Betrages beantragen. — Für derartige Aufwendungen, die schon auf das Jahr 1930 entfallen, kann auch eine Rückerstattung von gezahlten Steuern bis 31. März verlangt werden.

Nicht erstattungsfähig sind jedoch erhöhte Werbungskosten und Sonderleistungen, deren Steuerfreiheit also im Interesse des Arbeitnehmers auf jeden Fall im voraus zu beantragen ist. — Als Werbungskosten gelten Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für Berufskleidung, Werkzeuge oder Arbeitsmaterial, gegebenenfalls auch vom Arbeitgeber nicht ersetzte Ausgaben für Repräsentation, Kundenbewirtung, doppelte Haushaltführung usw. — Als Sonderleistungen bezeichnet werden Beiträge für die Sozialversicherungen, für Lebens- und andere freiwillige Versicherungen, für den Berufsverband, auch Ausgaben für Kirchensteuer, Fortbildung im Beruf usw. — Für Kriegsbeschädigte, für anderweitig körperlich Geschädigte und Sozialrentenempfänger kommen gegebenenfalls besondere Steuerermäßigungen in Frage. — Ledigensteuerpflichtige erhalten Befreiung vom Ledigenzuschlag ebenfalls auf dem Wege vorherigen Antrages, wenn sie nachweisen können, daß sie für bedürftige Eltern oder geschiedene Ehegatten mehr als 10 Prozent ihres Einkommens abgeben müssen.

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Schlußbörse weiter befestigt.

Gegen Börsenschluß konnte sich die Tendenz noch weiter befestigen. Das Geschäft war ziemlich lebhaft.

Die erhöhten deutschen Schuhzölle.

Die schon im Jahre 1929 beschlossene Erhöhung der Einfuhrzölle für Lederschuhwerk im Gewicht von 600 Gramm aufwärts je Paar wird im Laufe des Januars 1931 in Kraft treten. Dann soll nämlich die Ratifizierung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages erfolgen, der die bisherige Bindung der Schuhzölle beseitigt. Gleichzeitig hat aber Österreich selbst seine Schuhzölle erhöht. Seit dem deutschen Zollerhöhungsbeschluß, der als Notmaßnahme gedacht war, hat sich die Ausfuhr deutscher Schuhwaren recht befriedigend gestaltet, während die Einfuhr in überraschend starkem Maße zurückgegangen ist.

Der Stickstoffmarkt im Dezember.

Im Inland hat sich die Nachfrage nach Stickstoffdüngemitteln gegen Ende Dezember, angeregt durch den Unterschied zwischen den Dezember- und Januarpreisen, gehoben. Die Abrufe sind in einer Zahl eingegangen, daß der bisher gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres vorhanden gewesene Rückgang ausgeglichen ist. Erzeugung und Versand verliefen programmmäßig.

Der Glauben an die Geschäfte von morgen.

Zum Jahreswechsel erläßt der Deutsche Reklameverband e. V. eine Kundgebung, in welcher betont wird, die ungeheure Not der ganzen Wirtschaft dürfe nicht dazu führen, den Kampf um den Absatz mutlos aufzugeben und die Reklame einzustellen. Aktive Werbung sei über den schnellen geschäftlichen Erfolg hinaus eines der wichtigsten Mittel, den Glauben an die Geschäfte von morgen und damit den für eine Gesundung notwendigen Grad von Optimismus wachzuhalten.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 4. Januar.

Gasvergiftungen durch eine Benzollokomotive.

Alsdorf. Auf der Grube „Anna I", die dem Todesschacht „Anna II" direkt benachbart ist, ereignete sich ein Unglück, das glücklicherweise ohne schwere Folgen blieb. Eine Benzollokomotive entwickelte beim Kühlen Abgase, durch die vier Bergleute Gasvergiftungen erlitten. Dieser Vorfall ist darum interessant, weil in der Öffentlichkeit bei dem entsetzlichen Unglück in Alsdorf die Vermutung auftauchte, daß hier eine Benzollokomotive als Ursache des Unglücks in Frage kommen könnte. Von den verunglückten Bergleuten konnte einer aus dem Krankenhaus entlassen werden, die drei anderen befinden sich nicht in Lebensgefahr.

Schweres Lawinenunglück im Riesengebirge.

Görlitz. In der Seifengrube bei Krummhübel ging eine Schneelawine nieder, durch die ein Kutscher vom Schlesierhaus mit zwei Pferden und seinem Hörnerschlitten verschüttet wurde. Der Kutscher konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Der Schlitten wies schwere Beschädigungen auf.

Hörsing gegen die Nationalsozialisten.

Husum. Auf einer Reichsbannerveranstaltung beschäftigte sich Bundesführer Hörsing mit den Nationalsozialisten. Hörsing betonte, daß das Reichsbanner den Bürgerkrieg nicht wolle. Wenn aber die Feinde der Republik diese oder das Reichsbanner angreifen sollten, so werde das Reichsbanner die Angreifer mit denselben Waffen niederkämpfen und niederschlagen. Wenn Köpfe wirklich rollen sollten, dann könne er Herrn Adolf Hitler schon heute sagen, unter den gerollten Köpfen werde er sehr viele bekannte Gesichter finden. Der Versailler Vertrag sei das Unglück der ganzen Welt. Der Young-Plan sei nicht zu erfüllen. Man dürfe nicht Anschluß an Rußland und Italien, sondern an Frankreich, England und Amerika suchen.

Ein Knecht Opfer der Maul- und Klauenseuche.

Osterburg. Der 21 Jahre alte Knecht Kurt Zacharias in Jarchau wurde von einem mit Maul- und Klauenseuche behafteten Rind dadurch angesteckt, daß er sich nach der Arbeit nicht die Hände wusch, sondern Zigaretten drehte und diese rauchte. Durch eine kleine Wunde an der Lippe infizierte er sich. Er starb im Johanniter Krankenhaus in Stendal unter heftigen Schmerzen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sprechen wir auf diesem Wege unseren Dank aus. Besonders bedankt sei die Ortsgruppe Halver vom Zentralverband deutsch. Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen für das letzte Geleit und Herrn Pastor Dr. Große-Dresselhaus für seine trostreichen Worte.

Familie Becker.

Halver i. W. den, 5. 1. 1931.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem Heimgange unserer Mutter danken wir recht herzlich.

Familie Ludwig Schröder.

Bekanntmachung.

Die Entwürfe zu den Haushaltungsplänen 1931 für das gesamte Amt Kierspe und die Gesamtschulverbände Bollwerk, Schmidthausen und Vornberg liegen im Zimmer 4 des Amtshauses zur Einsicht durch die Amtseingesessenen 2 Wochen lang aus.

Kierspe, den 3. Januar 1931.

Der Bürgermeister.

Gedenket der hungernden Vögel

Immobilien

Bei Verkauf, Verpachtung, Ankauf und Pachtung von Gütern, Geschäfts- u. Wohnhäusern wende man sich vertrauensvoll an das

Immobilienbüro
E. Strenge, Kierspe-Bhf.
Hochstraße.

Gewerbl. Mittelstandsvereinigung Halver.

Sonntag, d. 11. Jan. nachmittags 5 Uhr im Hotel zur Post

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:
Jahresbericht.
Kassenbericht
Beitragsfestsetzung
Vorstandswahl
Stellungnahme zur gegenwärtigen Wirtschaftslage.
Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet

der Vorstand.

Suche

fleißigen, anständigen

Knecht

der sämtliche Arbeiten versteht und melken kann.

Rud. Bürger, Anschlag

Mit Glas schreiben heisst leicht schreiben schnell schreiben und mit Tinte durch schreiben



Diese Vorteile bietet Ihnen der

HARO

Füllhalter mit der auswechselbaren **Original-HARO-Glasfeder mit der blauen Kugel**

1 Jahr Garantie. Preis 3.- u. 3.50 Mark

Mit der massiven, fein polierten Glasfeder schreiben Sie ohne Spiessen weich u. flott wie mit Blei, Sie schreiben aber **mit Tinte.** Die Glasfeder können Sie selbst leicht auswechseln. Die Original-HARO-Glasfeder, für jede Handschrift passend, (fein, mittelfein, stumpf) kostet 30 Pfg.

Machen Sie bitte eine unverbindliche Schreibprobe bei

Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.



gegen bequeme Ratenzahlung.
E. & H. Eicker, Oberbrügge-Ehringhausen.
Landmaschinen und Reparaturwerkstatt.

Ehrliches fleißiges
Mädchen
(21 J.) sucht zum 15. Jan. oder 1. Februar
Stellung im Privathaushalt
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver.

Am Donnerstag habe ich eine Auswahl rotbunter



Sauerl. Zuchtbullen
mit Abstammungsnachweis.
Jakob Fischbach,
Meinerzhagen.

Futtermittel

Frisch eingetroffen und auf Lager wieder vorrätig:

Rapskuchen,
Rapskuchenmehl,
Palmkernkuchen,
Palmkernschrot,
Erdnußmehl,
Soyaschrot,
Leinmehl,
Leinkuchenschrot,
Weizennachmehl,
Weizenvollmehl,
Grobe Weizenkleie,
Rheinlandschrot,
Zuckerschnitzel,
Kochsalz,
Viehsalz.

Carl Zimmermann
Oh-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Der amtliche
Taschen-Fahrplan
für das . . . . . Niederrh. - Westfälische Industrie - Gebiet . . gültig vom 15. Dez. 1930
— Preis 90 Pfg. —
vorrätig in der . . . . . Buchhandlung . . . . . .
Wilh. Bell jr.,
Halver.